



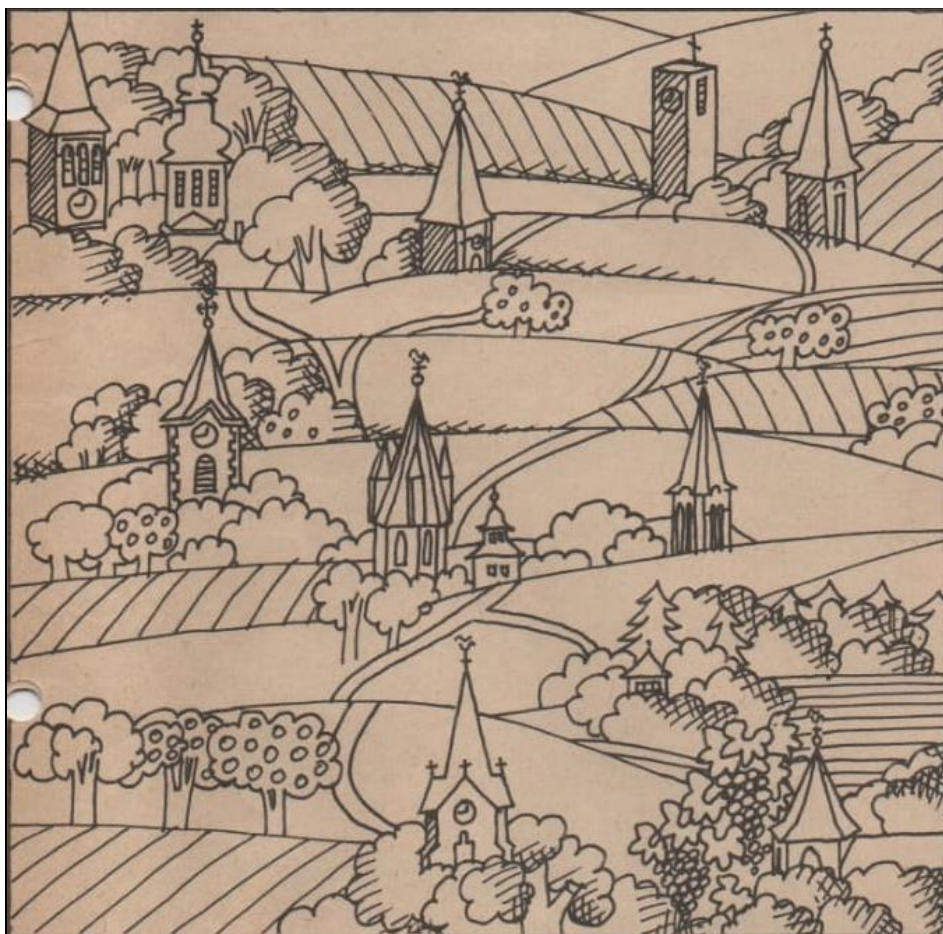
0,00 DM

's Blättle

Eppinger Zeitung der
Sozialdemokrat:innen und Jungsozialist:innen

März 2026

Nr.1



Zeichnung von Eppingen aus dem ersten 's Blättle von 1979

Wir sind zurück!

Die Sozialdemokrat:innen und Jungsozialist:innen aus Eppingen legen ihre lokale Zeitung neu auf. In einer Zeit, in der die größeren Zeitungen aus Heilbronn und Rhein-Neckar wenig Interesse an politischer Berichterstattung über unser Eppingen und die Sozialdemokratie zeigen, ergreifen wir selbst die Initiative.

Alle drei Monate soll eine neue Ausgabe des Blättle erscheinen, mit spannenden Nachrichten zur kommunalpolitischen Region, Analysen zu größeren Themen und Einblicken in das Parteileben. 's Blättle ist für jeden, der sich für Eppingen interessiert ein Muss!

Wir möchten auch den Dialog zwischen Bürger:innen und SPD stärken: Schreiben Sie uns, wo der Schuh drückt!

(vorstand@spd-eppingen.de)

Wir sind übrigens auch auf Insta:
[spd_eppingen](https://www.instagram.com/spd_eppingen)

Übrigens: Wir suchen Dich!

Du interessierst Dich für journalistische Arbeit? Du kannst Dich für linke Themen begeistern? Dich stört die Art der Berichterstattung

in der deutschen Medienlandschaft? Dann bist Du bei der Redaktion vom Blättle genau richtig! Denn wir suchen noch engagierte

Redakteur:innen aus Eppingen und Umgebung. Falls Du also Lust hast, schreib uns gerne per Mail oder Instagram an! Wir freuen uns auf Dich!

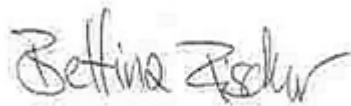
Liebe Leserin, lieber Leser,

soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Wirtschaft müssen zusammen gedacht werden. Dafür kämpfe ich immer wieder, an jedem Infostand, in jedem Gespräch. Wir brauchen ein Umdenken und wir müssen uns öffnen. Veränderung macht immer Angst, aber wenn wir uns nicht verändern und hoffen, dass es irgendwie so weitergeht, dann fahren wir unser Land an die Wand. Deshalb wünsche ich mir, dass wir alle für diese Veränderungen kämpfen.

Mir ist dabei ein guter Umgang untereinander wichtig, auch mit den anderen Parteien im demokratischen Spektrum, selbst wenn wir andere Themen und Schwerpunkte vertreten.

Bei der AfD habe ich im Wahlkampf selbst gemerkt, dass der Umgang beklemmend ist. Deswegen ist mir ganz wichtig: überzeugt die Leute, wählen zu gehen. Dass sie sich für demokratische Parteien einsetzen, dass sie sich für Veränderung einsetzen und natürlich, dass sie sich für uns einsetzen.

Ich kandidiere in der Landtagswahl am 8. März für die SPD im Wahlkreis Eppingen und Ich bitte dabei um Ihre Stimme.



Ihre Bettina Fischer

**Aus der SPD-Fraktion im Eppinger Gemeinderat**

Die SPD-Fraktion im Gemeinderat von Eppingen präsentiert sich nach der Kommunalwahl im Juni 2024 in neuer Zusammensetzung: Dieter Gräßle, Dr. Jürgen Hetzler, Reinhard Ihle, Michael Mairhofer, Thomas Mairhofer und Jens Schäfer. Mit dem Abschied langjähriger Mitglieder, die nicht erneut kandidierten, verstärken drei neue Mitglieder die Fraktion. Endlich ist es gelungen, auch jüngere Kräfte für die kommunalpolitische Arbeit zu gewinnen. Die SPD-Fraktion setzt weiterhin auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Team. Die Stimmung innerhalb der Gruppe ist ausgesprochen gut – geprägt von Offenheit, gegenseitigem Respekt und dem gemeinsamen

Ziel, Verantwortung für die Stadt zu übernehmen. Unterschiedliche Sichtweisen werden als Bereicherung verstanden, Diskussionen werden sachlich und lösungsorientiert geführt. Die Fraktion versteht sich als soziale und verantwortungsbewusste Kraft im Gemeinderat – selbstbewusst in der Sache, aber stets dialogbereit, engagiert für die Bürgerinnen und Bürger der Gesamtstadt für eine solidarische, zukunftsfähige Stadt.

Finanznot der Kommunen

Die finanzielle Not der Kommunen ist, nicht zuletzt durch die öffentlichen Hilferufe, bei der Regierung angekommen. Es wurde ein Konjunkturpaket beschlossen. Diesen Investitionsbooster gibt es, weil ihn die SPD im Bund durchgesetzt hat. Eppingen erhält 13,7 Millionen Euro in 12 Jahren zur Behebung

von Defiziten im Bereich der öffentlichen Infrastruktur. Natürlich könnten wir mehr Geld brauchen, aber die jährlichen Zuschüsse verschaffen uns etwas Luft.

Für Eppingen muss aber eine Strategie entwickelt werden, wie wir den Haushalt der kommenden Jahre konsolidieren können. Einsparvorschläge, Aufgabenkritik, Einnahmemöglichkeiten, Priorisierungen, Prozessoptimierungen oder Überprüfung der Standards könnten einige Diskussionspunkte einer Strategie sein.

Kinderbetreuung

Die erfolgreiche Bildung unserer Kinder hat für uns oberste Priorität. Das Positive: Die Stadt kann den Rechtsanspruch erfüllen und allen Kindern einen Platz anbieten und der Mindest-

personalschlüssel kann erfüllt werden. Das Negative: Die Stadt hat im laufenden Jahr die Gebühren erhöht. Wir SPD-Gemeinderäte spüren dabei Verantwortung in zwei Richtungen. Für die Kommune steigen jährlich die Ausgaben und der Landesrichtsatz sollte erreicht werden, um auch Fördergelder für den Ausbau der Kindergärten abrufen zu können. Die andere Richtung: Für die Eltern werden die Betreuungsplätze zum Teil unbezahlbar, viele Eltern würden gerne mehr arbeiten, können es aber wegen hoher Gebühren nicht. Das schadet auch der Wirtschaft.

Wir von der SPD-Fraktion sind nach wie vor der Auffassung, dass Kindergärten genauso wie andere Bildungseinrichtungen gebührenfrei sein müssen – eine Aufgabe, die jedoch auf Landesebene gelöst werden muss. Die SPD in Baden-Württemberg will schrittweise den beitragsfreien Kindergarten erreichen und dabei mit der Beitragsbefreiung im letzten Jahr vor der Einschulung beginnen. Das sollte für alle auch ein wichtiges Kriterium sein für die Landtags-Wahlentscheidung.

Wohnraum

Den Verkauf der Bauplätze im Gebiet Zylinderhof 3 mussten wir SPDler mit einem großen Wermutstropfen schlucken: Wir mussten die Sozialklausel aufgeben. Und eine daraufhin von der SPD-Fraktion geforderte Erhöhung des Verkaufspreises fand leider nicht die Mehrheit im Gremium. Bezahlbarer Wohnraum bleibt deshalb in Eppingen weiterhin eine sehr große Baustelle. Wir fordern die Verwaltung

dringend auf, uns hierzu konkrete Schritte und weitere Wege aufzuzeigen.

Wir begrüßen es, dass die Stadtverwaltung schnell reagiert und das von der SPD-Bauministerin vorgelegte Bau-Turbo-Gesetz aufgenommen hat. Hoffen wir, dass damit schnellere Planungen und Genehmigungen möglich sind, und vor allem im Bestand der Zentralstadt und den Stadtteilen mehr Wohnraum geschaffen werden kann.

Energie und Klima

Der UN-Klimachef Simon Stiell forderte in seiner Eröffnungsrede der Weltklimakonferenz in Brasilien die Abkehr von Öl, Gas und Kohle und betonte, dass „Solar- und Windenergie mittlerweile in 90 Prozent der Welt die kostengünstigste Energiequelle seien. Jetzt zu zögern macht weder wirtschaftlich noch politisch Sinn – in einer Zeit, in der Megadürren die nationalen Ernten vernichten und die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben.“ Auch wir in Eppingen handeln und das ist richtig und wichtig. Große Photovoltaikanlagen auf 80 ha Ackerland sind gerade im Bau. Die SPD-Gemeinderäte waren allerdings gegen diesen großflächigen Bau. Als SPD-Fraktion haben wir ausschließlich der gesetzlich geforderten Nutzung von 0,2 % der Gemarkungsfläche – das entspricht etwa 20 Hektar – für Photovoltaikanlagen zugestimmt. Die fruchtbaren Lössböden sind für uns von großem Wert, da sie für die Lebensmittelproduktion unverzichtbar sind. Eine Bebauung von nun beschlossenen 80 Hektar mit Photovoltaikanlagen halten wir

daher für nicht vertretbar. Wir fordern auch weiterhin, wo es möglich und sinnvoll ist, weitere städtische Dächer mit Photovoltaikanlagen zu belegen. Und eine klare Botschaft der SPD-Fraktion: Wir stehen weiter zum Bau von sechs Windrädern im Eppinger Hardwald.

Jugend

In diesem Jahr wurde die Wiedereinführung eines Jugendgemeinderates, das war ein Antrag der SPD-Fraktion, auf den Weg gebracht. Uns als demokratisch engagierten Erwachsenen ist es wichtig, politisch interessierte Jugendliche eine aktive Rolle bei der Stadtentwicklung zu ermöglichen. Gerade heute ist es wichtiger denn je, demokratische Prozesse frühzeitig einzubringen und zu stärken. Deshalb möchten wir alle Jugendlichen der Stadt auffordern, sich aktiv daran zu beteiligen.

Der ehemalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering hat einmal formuliert: „Kommunalpolitik ist nicht das Kellergeschoss unserer Demokratie, sondern ihr Fundament.“ Das Zitat erinnert daran, dass eine stabile Demokratie von unten wächst. Ohne starke Kommunalpolitik und engagierte Parteien vor Ort würde das demokratische System an Stabilität und Bürgernähe verlieren.

Reinhard Ihle
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Vom Regen in den Hagel

Manuel Hagel würde gerne Ministerpräsident werden. Lange sah es aus, als könnte er damit Erfolg haben. Es sollte eine Erneuerung fürs Ländle werden. Der ewige Minischderpräsident Kretschmann geht in Pension und dafür kommt der halb so alte Hagel an die Macht. Die neuesten Umfragen zeichnen jedoch ein schlechtes Bild. Die Grünen sind mit Cem Özdemir bis auf einen Prozentpunkt herangerückt – im The Länd liebt man eben seine Realo-Schwaben. Zu schaffen macht dem grundsympathischen Hagel, der in seiner Vergangenheit mit der geplanten Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft und Auftritten bei der ultra-konservativen Werteunion oder an der Seite von Sebastian Kurz über sich reden machte, ein jüngster Skandal.

Vor kurzem postete die Grünen-Bundestagsabgeordnete Zoe Mayer einen Clip, in dem Hagel von einem Besuch in einer Realschule erzählt. In der Klasse seien 80 % Mädchen gewesen, „da gibt's für 29-jährige Abgeordnete schlimmere Termine als diesen.“ Besonders an eine Schülerin kann er sich noch gut erinnern: „Sie hieß Eva, braune Haare, rehbraune Augen.“

Cem Özdemir bemühte sich im SWR-Triell der schnellen Relativierung: „Herr Hagel würde das heute nicht mehr so formulieren.“ Und auch Boris Palmer, der für seine blöden Sprüche bekannt ist, springt für seinen Kollegen in die Bresche.

Muss man Manuel Hagel also wegen eines 8 Jahre alten Clip kritisieren? Hagel selbst sagt, was er damals gesagt hat, sei „Mist“. Wird man wegen eines „falschen Satz“ in der Kneipe direkt untragbar, unwählbar? Wie ehrlich bereut Hagel sein Verhalten von damals?

Es hagelt aus Berlin

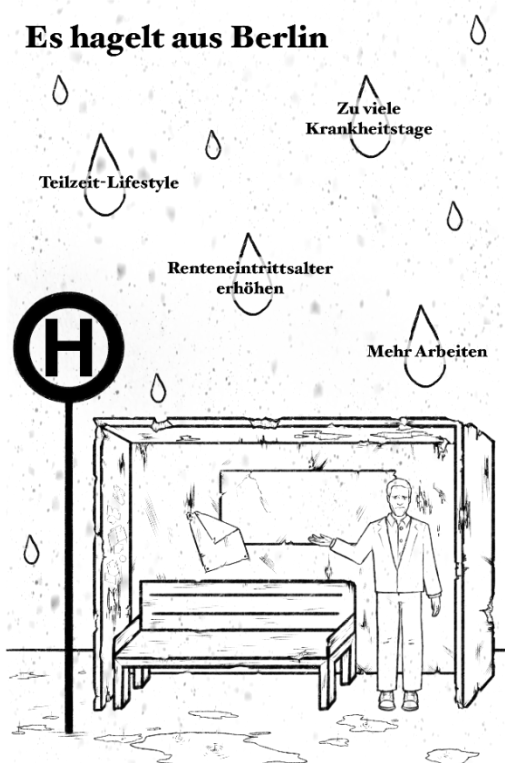


Illustration von Lena Gantner

Was möchte uns der Künstler hiermit sagen? Dass er sich gerne von 16-jährigen Mädchen den Kopf verdrehen lässt? Direkt warf er mit dem Vorwurf einer Wahlkampfkampagne um sich. Wie glaubwürdig macht das seine Reue?

In ihrem Alltag müssen sich junge Frauen tagtäglich unannehme und anzügliche Sprüche von Männern anhören: auf der Arbeit, in der Schule, vom Fahrlehrer oder in der Bahn. Hagels Reaktion auf die Kritik zeigt, wie tief er ein sexistisches Weltbild verinnerlicht hat. So wie dutzende anderer Männer, wie sie noch immer zu viel in den Führungspositionen von Wirtschaft und Politik sitzen. Wer so jemanden wählt, der wählt keine Erneuerung, sondern Stillstand. Dann ist es auch egal, ob der Ministerpräsident 37 oder 77 ist. Wer das nicht versteht, sollte einen Ratschlag von Bundeskanzler Friedrich Merz befolgen: „Fragen Sie mal Ihre Töchter, was ich damit gemeint haben könnte. Ich vermute, Sie kriegen eine ziemlich klare und eindeutige Antwort.“

Yannick Antritter

Importierter Rechtsextremismus

Wenn Markus Frohnmaier nicht zum Ministerpräsidenten Baden-Württembergs gewählt wird, bleibt er in Berlin und sitzt weiter im Bundestag. So viel ist ihm unser Ländle wert. Er will einfach nur eine Führungsposition, egal wie und egal welche. Mit seinem aufgesetzten Pseudo-Dialekt simuliert er Nahbarkeit, diese verfliegt jedoch schneller als jegliche Verfassungstreue der AfD und die hat noch nie existiert. Außerdem muss man sich fragen: Sollte jemand, der zum Beispiel in einer SWR-Debatte sagt, er wolle Windkraftträder abbauen und im Boden vergraben, tatsächlich Ministerpräsident werden? Die Antwort findet sich schnell: Nein! Markus Frohnmaier hat mit Baden-Württemberg ungefähr genau so viel zu tun, wie die AfD mit Menschenrechten.



Tobias Waldmann

Illustration von Lena Gantner

Merz ist krank

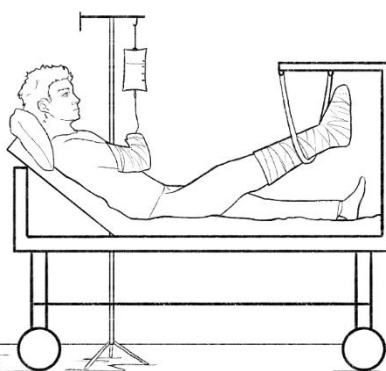
Die Deutschen sind zu viel krank. So sagt zumindest Friedrich Merz. Er spricht von 14,5 Tagen im Jahr 2024, oder noch mehr, die im Durchschnitt mit Erholung verbracht werden. Das seien schlicht zu viele. Es ist einfach nicht akzeptabel, dass man sich drei Wochen im Jahr nicht zusammenreißen kann, gesund zu sein oder zu werden. Es wäre auch viel geschickter, eine effizientere Krankheitsplanung zu haben. Es gibt genug Wochenenden im Jahr, auf die man eine Krankheit legen kann. Unter der Woche hat man auch schlichtweg keine Zeit für so einen Firlefanz.

Das statistische Bundesamt vermeldet tatsächlich einen Anstieg von im Durchschnitt 3,6 Krankheitstagen zwischen 2021 und 2024. Wer hier aufhört zu lesen, könnte der Täuschung verfallen und dem Bundeskanzler zustimmen, jedoch ist das nur eine Seite der Wahrheit. 2022 wurde eine Neuheit vorgestellt: Ab jetzt kann man sich auch elektronisch Krankmelden. Auf einmal werden mehr Kurzkrankheiten an die Krankenkassen weitergeleitet und die Kurve zeigt nach oben. Spätestens hier haben sich die Fakten dazu entschieden, Merz zu widersprechen. Denn die Leute melden sich ja wohl nicht krank, weil sie faul sind, sondern weil sie die Möglichkeit dazu haben wollen, ihre tatsächliche Krankheit vernünftig auszukurieren. Krank arbeitet es sich einfach nicht so gut, aber das ignoriert Merz. Um einen Sündenbock zu haben, ist ihm auch diese Einbuße egal.

Laut Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung (OECD) steht Deutschland an der Spitze, was bezahlte krankheitsbedingte Fehltage im Jahr 2022 angeht. Mit durchschnittlich 24,9 Tagen liegt man noch vor Lettland (20,4 Tage) und Tschechien (19,2 Tage). Schuld daran ist jedoch nicht die faule Gesellschaft, sondern die unterschiedlichen Meldesysteme und Gesetze in den europäischen Ländern. Die Statistik fasst nur bezahlte Fehltage. In Deutschland wird schon ab dem ersten Fehltag 100% des Lohnes erstattet, während zum Beispiel in Norwegen, hier Platz 14 mit 11,4 Fehltagen, der erste Tag noch nicht bezahlt wird. Zum anderen werden unbezahlte Fehltage in einigen Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, Italien oder Spanien, nicht mitgezählt. Zu genau diesen Zahlen gefragt, sagte Prof. Nicolas Ziebarth, Wirtschafts- und Sozialforscher am Leibniz-Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung gegenüber dem ZDF: „Wir haben eines der großzügigsten Systeme der Welt. Das führt dazu, dass wir auch einen der höchsten Krankenstände haben.“ Zudem sagt er, dass wenn die Wirtschaft brumme und es wenig Arbeitslose gäbe, die Fehlzeiten steigen. Hohe Krankenstände sind ein Effekt von Wohlstand und gesundem Umgang mit der arbeitenden Gesellschaft.

War ja klar, dass du wieder krank machst



Friedrich Merz' Aussagen sind aber eben nicht nur irgendwelche Halbwahrheiten, die er propagiert, um Sündenböcke für das eigene Versagen zu finden, sondern auch schädlich für jeden einzelnen und jede einzelne Arbeiter:in in Deutschland. Ein gesunder und sicherer Arbeitsumstand wird zugrunde gemacht, um eine Wirtschaft zu errichten, die Menschen, die krank sind bestraft, wie, als wär es ein selbstverschuldeter Fehler. Der gesunde Umgang mit Krankheiten, der nach der Corona-Pandemie entstanden ist, also eine Schonungs- und Auskurierungskultur wird öffentlich verpönt, sodass kranke Menschen zu früh und überhaupt wieder anfangen zu arbeiten. Das ist eine Lose-Lose-Situation. Nicht nur die Arbeitenden leiden darunter, sondern auch die Wirtschaft, die halb-kranke Arbeitskräfte vollkommen gesunden vorzieht.

Merz weiß das. Denn seine Politik war noch nie eine der völligen Wahrheit. Es ist eben sehr viel einfacher, die Schuld an der schleifenden Wirtschaft einer faulen Gesellschaft zuzuschreiben, als tatsächliche Lösungen anzubieten. So werden Menschen in Teilzeit, Kranke und Verletzte das Ziel einer Politik des „Nach-Unten-Tretens“. Das „Nach-Unten-Treten“ eines Mannes, der in seinem Leben noch nie einen Finger tatsächlicher Arbeit krumm gemacht hat.

Tobias Waldmann



S steht für Sozialismus ... oder?

Hamburg, Ende Februar 2026: Während des dreitägigen „Prozesses gegen Deutschland“, einem theatralisch inszenierten „Fake“-Prozess gegen die AfD, hält Harald Martenstein, Bild-Kolumnist, eine Rede gegen scheinbar linken Dogmatismus. Weit holt er dabei gegen den „Sozialismus“ aus. „Sozialismus“, das sind für ihn neun Millionen Hungertote unter Stalin, Ermordete und Verfolgte unter Pol Pot und Mao oder Hinrichtungen der Opposition durch den, vor kurzen entführten, venezolanischen Präsidenten. Sozialismus das ist doch die DDR. Oder nicht?

„Es ist sicher so, dass dem Begriff ‚Sozialismus‘ sicher nichts Gutes zugefügt worden ist, dadurch, dass er identifiziert werden kann, wenn man will, mit dem, was in osteuropäischen Ländern, so genannt wird.“

Das sind leider nicht die klugen Worte dieser Redaktion, sondern die des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Willy Brandts. Brandt war Zeit seines Lebens überzeugter Sozialist. Freiheitlich demokratischer Sozialist, um genau zu sein. Sozialismus war für Brandt nicht das Gegenteil von Freiheit, das waren keine Millionen Unterdrückte, nein, Sozialismus war für Brandt immer der Weg zur Freiheit. „[D]ie eigentliche Frage“ war „nicht, ob man ‚Freiheit‘ wählt statt ‚Sozialismus‘, sondern ob man die notwendige Ausdehnung der öffentlichen Verantwortung so entwickeln lässt, dass dabei die Freiheit des einzelnen [...] gestärkt wird“. Denn „[w]ird das Gemeinschaftliche größer geschrieben, wird auch die öffentliche

Verantwortung für wirtschaftliche Vorgänge größer geschrieben.“

Sozialismus. das war für Brandt immer der Blick auf das Wohlergehen und die Freiheit des Menschen, des Arbeiters, durch öffentliche Verantwortung für Produktion. Kurzum: Nicht die Produktion bestimmt den Menschen, sondern umgekehrt. Es ist also ganz und gar nicht die politische Unterdrückung des Bürgers, wie in der DDR, sondern das genaue Gegenteil. Ein gelebter Sozialismus ermöglicht dem Menschen, durch gute Löhne, faire Arbeitszeiten und Mitsprache im Betrieb, aktiv Freiheit und Gestaltung in der Gesell-



© Henning von Borstell / Friedrich-Ebert-Stiftung

schaft wahrnehmen zu können. Wer sich keine Sorgen um seine Miete oder Rente machen muss, wer nicht zwischen Arbeit, Schlaf und Kindern balancieren muss und wer nicht fahrlässige Arbeitsbedingungen aufgedrückt bekommt, sondern mit-sprechen darf, ist freier als umgekehrt. Wahr ist aber auch, dass es einen handlungsfähigen Staat, starke Gewerkschaften und eine zuverlässige Arbeiterpartei braucht, um diese Freiheiten durchzusetzen. Nun fragen sich manche sicher berechtigt, wo die zuverlässige Arbeiterpartei in

dieser Rechnung ist. 1976 behauptete Helmut Schmidt: „Links von der SPD ist nichts zu holen, rechts von ihr sind es 57%.“ Schmidt meinte damit nicht, dass die SPD nach rechts rücken müsse, um Wahlen zu gewinnen, vielmehr ist seine Aussage als Appell einer Öffnung gegenüber denen zu verstehen, die rechts von der SPD, aber sicher offen für Reformen der SPD sind (wie der Arbeitnehmerflügel in der CDU). Dennoch schien sein Appell in die falsche Richtung zu schlagen, denn spätestens mit dem Wahlergebnis 2021 wurde klar, dass Willy Brandts Warnung aus demselben Jahr wahr wurde: Durch die Vernachlässigung solcher SPD-Wähler:innen, die auch „links von der SPD“ oder gar nicht wählen könnten, hat sich ein Feld links von der SPD aufgetan, welches einen erheblichen Verlust für die sozialdemokratische Partei darstellt: Grüne und Linke kommen zusammen auf drei Prozentpunkte mehr als die SPD. Während die CDU also alle ihre rechtskonservativen Kräfte bündelt, fliegen uns linke und ökologische Kräfte davon. So hat man sich von den Schreckgespenstern à la Martenstein treiben lassen – treiben in die Mittelmäßigkeit.

Die Mittelmäßigkeit ist für die SPD aber sicher keine Neuheit: 1931 trat Willy Brandt selbst aus der SPD aus und in die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) ein. Später erklärte er, dass ihm das „alles zu schwächlich, zu schlapp, zu wenig kämpferisch [erschien]“. „Zu schwächlich“ beschreibt es sicher gut, wenn man sich von der CDU den Mindestlohn drücken lässt. „Zu schlapp“ ist es mit Sicherheit,

den Achtstundentag in einem Koalitionsvertrag als diskutabel in Aussicht zu stellen. „Zu wenig kämpferisch“ ist ein Lars Klingbeil auch ganz ohne Inhalt. Aber das muss alles so nicht sein.

Im aktuellen Grundsatzprogramm der SPD, dem Hamburger Programm, geloben wir, dass „[d]er demokratische Sozialismus [...] für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft [bleibt]“. Im selben Programm sind „Menschen [...] mehr als Konsumenten und Produzenten“, weswegen „wir uns der Ökonomisierung aller Lebensbereiche [widersetzen]“. Und wir halten fest: „Menschen verlangen intakte Gemeinschaften, in denen es friedlich und solidarisch zugeht, in denen gleiche Chancen und Rechte gelten, auch zwischen den Geschlechtern.“ Auch konkret formulieren wir den Sozialismus. Zum Beispiel in der Einwanderung fordern wir unbedingte Integration von Immigranten, sowie volle Möglichkeiten, an der Gesellschaft teilzuhaben. Bei der Wirtschaft fordern wir gerechte Teilhabe in Form von Lohnerhöhungen, die sich

an Produktivität und Preiserhöhungen messen. Genauso fordern wir auch eine Schmälerung der Schere zwischen viel und wenig Verdienenden.

Vieles davon haben wir versäumt. Und wir wurden mit 16 % bestraft. Warum? Weil wir den Sozialismus aus den Augen verloren haben. Wenn wir uns mit AOCs und Mamdanis „democratic socialism“ brüsten wollen, dann müssen wir ihn in Berlin, Stuttgart und Eppingen leben. Sicherlich scheint es da einfach, sich von der SPD abzuwenden und sich den zu einfachen, populistischen Antworten einer Linkspartei oder einem verkappten Links-Liberalismus der Grünen hinzugeben. Aber selbst Willy Brandt, der ’31 mit der SPD gebrochen hat, meinte später, dass er es nie wieder tun würde. Seine „eigene Erfahrung zeigt[e] [ihm], dass man in der großen Bewegung, auch wenn man kritisch ist, wenn man eigene Akzente sich setzen möchte, mehr bewegen kann, als vom Rand aus.“ Schließlich droht man der SPD nicht mit Aus-, sondern mit Eintritt.

Und genau das ist es, was in der SPD geschieht. Die SPD verliert, gerade in Regierungszeiten, zu oft den Sozialismus aus den Augen – ja, hat sogar manchmal Angst vor ihm.

Info!

„Juso“ – Die Jugendorganisation der SPD

heißt übrigens **Jungsozialist:innen** und steht in ihrer Organisation auch klar links der SPD.

Wer also eine linke, junge Alternative zur SPD sucht, kann auch, ohne SPD-Mitglied zu werden, Juso werden und in der größeren Bewegung mitgestalten. In Eppingen freuen wir Jusos uns immer über Zuwachs!

Aber wenn es darauf ankommt, fließt der Sozialismus immer unaufhörlich durch die alten Adern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Auf EU-Ebene fordern wir internationale Zusammenarbeit, vor allem bei der Verteidigung gegen autoritäre Regime wie Russland. In der Arbeitspolitik setzt sich Bärbel Bas aktiv für streikfähige Gewerkschaften ein. Im Landtagswahlkampf fordern wir Mietendeckel und kostenlose Kitaplätze, um das Leben der Menschen preiswerter zu machen. Sozialdemokratie, das heißt Sozialismus. Und Sozialismus, das heißt, Menschen als Menschen zu sehen und nicht als Mittel zum Zweck einer Wirtschaftsstatistik. Wenn eine Partei sich also diesem Ziel verschrieben hat, dann die SPD. Und falls sie doch mal ins Wanken kommt, dann gibt es ja immer noch uns Jungsozialist:innen, die der alten SPD auf die Finger hauen können.

Jonas Gantner

GREEN
is
the
new **BLACK**

**Das Gleiche
in schwarz**



„Das Gleiche in schwarz“

Im Landtagswahlkampf scheint Cem Özdemir manchmal auch die Farbe seines Parteibuchs zu verwechseln.

Illustration von Lena Gantner

Do svidaniya

Dafür, dass er Ausländer so hasst, nimmt der in Rumänien geborene Markus-Cornel Frohnmaier deren Geld wirklich gerne an. Von Wladimir Putin als „unter absoluter Kontrolle stehender Abgeordneter“ geadelt, möchte der Markus gerne Baden-Württemberg regieren. Am liebsten von Berlin aus – in Putins Büro ist einfach der Internetempfang so verdammt schlecht. Was heißt eigentlich Volksnähe auf Russisch? Aber er hilft ja auch den einfachen Leuten, der Markus. Seiner Frau zum Beispiel: die ist mittlerweile Büroleiterin vom AfD-Kollegen Johann Martel. Liebe deinen nächsten heißt es in der Bibel und wer steht Markus Frohnmaier näher als seine eigene Frau?

Wir sagen: schade, dass es nicht zum ersten Minischderpräsidenten mit doppelter Staatsbürgerschaft deutsch-russisch reichen wird. Auf Wiedersehen und do svidaniya.

Yannick Antritter

Inside SPD

Die Beitrittserklärung ist unterschrieben, und jetzt? Politische Mitarbeit ist, vor allem als Jungsozialist:in, nicht nur ein passives Abonnement fürs gute Gewissen, sondern unfassbar vielseitig.

Dich beschäftigt ein Thema? Warum nicht einfach mit deinen Genoss:innen eine Demo organisieren? Oder einen politischen Stammtisch? Selbst in einer schnuckeligen Stadt wie Eppin-

gen kann man, wenn man nur anpacken will, viel erreichen. Alles steht und fällt mit der eigenen Kreativität und dem Willen zur Partizipation. Die Parteimitgliedschaft ist dabei die Möglichkeit, Ideen zu pitchen, Mitarbeit anzubieten und andere zu mobilisieren.

Gleichzeitig kann man aber nicht nur gemeinsam nach außen aktiv werden, sondern auch nach innen mitgestalten. Vielen passt der Weg der SPD schon lange nicht mehr. Auch ich habe meine Probleme mit der SPD. Aber genau deshalb bin ich beigetreten: um in einer größeren linken Bewegung den Kurs mitzugeben. Dabei gibt es unzählige verschiedene Veranstaltungen, bei denen wir über den zukünftigen Weg abstimmen.

In deinem Ortsverein (z.B. Eppingen) werden auf Mitgliederversammlungen Wahlen und aktuelle Themen besprochen. Es wird aber auch der Vorstand gewählt, der dann wiederum in Sitzungen Konkretes planen kann. Würde man z.B. eine Demo anstreben, kann man einfach seinen Vorstand anhauen und Mitarbeit anbieten. Gleichzeitig gibt es oft auch örtliche Juso-Organisationen, die selbstständiger agieren können. Leider gibt es in Eppingen nur die übergeordneten Heilbronner-Jusos, falls aber mehr beitreten würden, könnte man das im Handumdrehen ändern.

Auf dieser übergeordneten Ebene tun sich die örtlichen Vorstände und Vereine dann zum Kreisvorstand zusammen. Hier kann man sich vernetzen und auch einen Kreisvorstand wählen, der die größere politische Richtung vorgeben soll. Darüber

wiederum findet die Arbeit auf der Landes- und Bundesebene statt, die dann nicht mehr so nah an der Kommune sitzt, sondern eben Landes- und Bundespolitik mitgestaltet. Hier gibt es mehrtägige Parteitage, Vernetzungstreffen, Wahlen usw. Sowohl für Jusos als auch SPD. Dinge, die recht technisch klingen, sind in der Praxis Möglichkeiten, Wahlprogramme und damit Gesetze und Initiativen grundlegend zu verändern. Parteibeitritt ist erst mal der kleinste gemeinsame Nenner. Aber dabei bleibt es nicht: Mitglieder machen Partei und nicht andersherum. Die Jusos haben es in BW zum Beispiel geschafft, das Landtagsprogramm um Themen wie Mietendeckel, klimaneutralem Straßenverkehr bis 2035 oder „Sicherheit statt Taser“ zu erweitern.

Darüber hinaus ist politische Arbeit aber auch immer gesellig. Politik ohne Bar- oder Filmabende, ohne das kühle Getränk nach dem Vortrag im Ortsverein oder ohne die Berlinfahrt gibt es einfach nicht. Und für uns Eppinger Jusos gibt es vermutlich auch keine Parteiarbeit mehr, ohne nach einem Redaktionstreffen zum E52 Döner zu pilgern. Denn auch das ist Parteiarbeit: diese Zeitung! Vor 3 Monaten war es nur eine Idee, heute kann sie jeder kostenlos lesen. Wenn Du also tatsächlich Menschen, auch auf dem Land, politisch mobilisieren oder ansprechen willst: Eine Parteimitgliedschaft ist immer ein sicherer erster Schritt.

Jonas Gantner



1979 – 2026: Vom ersten bis zum heutigen „‘s Blättle“ ist viel in Eppingen passiert. Heute sind da, wo früher eine Bundesstraße und ein Parkplatz waren, eine gepflasterte Fußgängerzone und ein gemütlicher Marktplatz. Und noch viel mehr können wir in unserer Stadtentwicklung erreichen, wenn wir es nur wollen!

Mit einer neuen Generation wollen wir also diesen Prozess der Entwicklung begleiten und aktiv mitgestalten: Nach zweimaligem on and off hoffen wir ‘s Blättle jetzt regelmäßig – mal länger, mal kürzer – zu veröffentlichen.

Vielen Dank für Ihr Interesse und bleiben Sie gespannt bis zur nächsten Ausgabe!

Am 08. März ist Landtagswahl.

Gehen Sie wählen! Beide Stimmen SPD.

Unsere Songs der Ausgabe

Tobias empfiehlt:

Brothers in Arms
Dire Straits

Ein Song, gegen den Krieg geschrieben. Nie wieder zusehen! Jetzt handeln!

Lena empfiehlt:

If it's true
Hadestown Cast

In der Flut aus schlechten Nachrichten – am Rande der Verzweiflung – braucht es manchmal den Idealisten, der uns daran erinnert die Welt so zu sehen, wie sie sein könnte, trotz dessen wie sie tatsächlich ist.

Jonas empfiehlt:

No Surrender
Bruce Springsteen

„No Surrender“ ist das Versprechen, das wir uns alle, im Angesicht einer scheinbar unterzugehenen Welt, geben: Niemals aufzugeben, diese untergehende Welt ein Stück besser zu machen.

Yannick empfiehlt:

Red Flag
Billy Talent

Der US-amerikanische Präsident ist 79 Jahre alt, unser Bundeskanzler knackige 70. Die Zeit der Jugend kommt noch? Wenn die Erde schon untergegangen ist? Nein! Die Zeit der Jugend ist jetzt.

Impressum

‘s Blättle – Eppinger Zeitung der Sozialdemokrat:innen und Jungsozialist:innen

Herausgeber: SPD Eppingen

Verantwortlich: Jonas Gantner, Eppingen

Leserbriefe, kritisch oder nicht, sind uns an vorstand@spd-eppingen.de immer willkommen.